

2. Vertrauensforschung

Unsere empirische Studie widmet sich dem Vertrauen in Medien, speziell den Journalismus, in Verbindung und im Wechselspiel mit Vertrauen in die Politik als Institutionengefüge und die Demokratie als Herrschafts- und Regierungsform. Nachfolgend werden daher nötige Begriffe definiert und der Stand der Vertrauensforschung hinsichtlich Journalismus, Politik und Demokratie dargestellt.

2.1 Vertrauen und Misstrauen

Vertrauen ist für Individuen und Gesellschaft von zentraler Bedeutung und wird deshalb mittlerweile in fast allen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen thematisiert und wissenschaftlich untersucht. Doch trotz zahlreicher Veröffentlichungen ist Vertrauen bislang eher »ein Fragebogenergebnis« (Hartmann 2020: 26) und es ist kein einheitliches Verständnis des Begriffes zu verzeichnen. In der Literatur besteht lediglich Einigkeit darüber, dass Vertrauen als sozialer und psychischer Mechanismus für Individuen und die Gesellschaft von herausragender Bedeutung ist, dass Vertrauen die Gesellschaft zusammenhält (vgl. ebd.: 20), »soziales Kapital« darstellt (ebd.: 24), ein »individuell variiierendes Wahrnehmungs- und Orientierungsmuster« (Schweer 2010: 153) ist und immer dann an Bedeutung gewinnt, wenn unser Wissen an Grenzen stößt. Denn »wer vertraut, verzichtet auf die Sicherheit, die vollständiges Wissen schafft« (Schäfer 2004: 393). Vertrauen ist überall dort notwendig, wo wir nicht alles bis in die letzte Verästelung der faktischen Realität und des Möglichen überschauen und überwachen können bzw. wollen. Mit Vertrauen lässt sich also in einer komplexen Welt »Wissen ersetzen, oder besser: Nichtwissen kompensieren« (Kohring 2004: 83).

Moderne Definitionen des Begriffs basieren auf früheren Werken von Soziologen wie Georg Simmel, Niklas Luhmann und Anthony Giddens. Simmel bezeichnet Vertrauen als »die Hypothese künftigen Verhaltens, die sicher genug ist, um praktisches Handeln darauf zu gründen« (Simmel 1908: 346). Diese Hypothese sei »ein mittlerer Zustand zwischen Wissen und Nichtwissen um den Menschen. Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen« (ebd.). Luhmann sieht Vertrauen als einen Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität und zur Reduktion der Vielzahl an Möglichkeiten (vgl. Luhmann 2014: 5), die die Welt »unkontrollierbar« (ebd.: 27) macht. Außerdem ist Vertrauen »Zutrauen [...] zu eigenen Erwartungen« und »elementarer Bestandteil des sozialen Lebens« (ebd.: 1). Viele Ansätze verstehen Vertrauen in Anlehnung an Luhmann (2014: 20-27) als einen kommunikativen Mechanismus, der auf zurückliegenden Erfahrungen beruht, die zukünftigen Erwartungen prägt (vgl. Bentele 1994: 141) und eine »riskante Vorleistung« (ebd.: 27) darstellt. Die Zukunftsansichtung und die zeitliche Perspektive sind hier grundlegend: »Als Vorleistung für die Zukunft ist Vertrauen zeitabhängig und muss immer wieder aktuell bestätigt werden« (Bentele 1998: 307, für eine überblicksartige Darstellung siehe Müller 2013: 40). In einem Vertrauenskontext ist die bloße Erfüllung von Erwartungen allein aber noch nicht hinreichend. Denn bereits von Vertrauen zu reden, wenn nur die Erwartungen erfüllt werden (vgl. Mauler et al. 2017: 11), hieße, dass beispielsweise auch absichtlich schädigendes Verhalten des Gegenübers zu Vertrauen führen würde, sofern wir nur vorher damit gerechnet hätten. Aus diesem Grund ist Vertrauen an die Unterstellung einer positiven, nicht zum Nachteil gereichenden Erwartung gekoppelt (vgl. Giddens 1990: 34, Gambetta 1988: 217). Vertrauen kann für (zumindest wahrgenommene) Handlungssicherheit sorgen, denn es generalisiert Erwartungen an zukünftige Handlungen (vgl. Hanitzsch et al. 2017: 3). Auf der anderen Seite muss es auch kontinuierlich bestätigt werden und kann jederzeit wieder entzogen werden, da sich sowohl Ansichten des Vertrauenssubjekts als auch das Handeln des Vertrauensobjekts ändern können (vgl. Bentele 1998: 307, Luhmann 2014).

Vertrauen muss dabei freiwillig geschehen, es kann nicht gefordert oder erzwungen, sondern immer nur aus eigenem Antrieb heraus entgegengenbracht werden (vgl. Bentele 2013: 357) und der Grad variiert je nach Erfahrungsschatz, sozioökonomischen Bedingungen oder Merkmalen der Gemeinschaft und Kultur, denen das Subjekt angehört (vgl. Alesina & La Ferrara 2002: 208).

Für manche Autorinnen und Autoren ist Vertrauen primär ein zwischenmenschliches Phänomen: So meint Haller (2017b: 50 und 62), dass Vertrauen wohl nur für die interpersonalen Beziehungen eine zutreffende Benennung ist und sich nicht auf abstrakte Systeme beziehen lässt. Auch Hartmann (2020: 89) betont, dass es keine Institutionen jenseits der Individuen gebe (vgl. ebd.: 127). »Über das durch Umfragen gewonnene Institutionenvertrauen hinaus können wir also Institutionen vertrauen, aber dieses Vertrauen bleibt gebunden an Personen, die den Institutionen ein Gesicht geben oder wahrnehmbar in ihrem Namen sprechen oder ihren Ethos verkörpern« (ebd.: 133). Wir vertrauen also der Institution durch die Person hindurch, die sie repräsentiert, und wenn nach »Systemvertrauen« gefragt wird, assoziieren die Befragten nicht das System, sondern konkrete Erfahrungen oder Erlebnisse (vgl. Haller 2017b: 50).

Andere Forschende zum Thema sehen das anders: So sprechen sich etwa das Team der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen oder Günter Bentele dafür aus, dass Menschen lernen, von Vertrauensbeziehungen auf der individuellen Ebene zu abstrahieren und auch in Institutionen und Systeme zu vertrauen (vgl. Jackob et al. 2023: 12, Bentele 1994: 141). Auch für Blöbaum et al. (2020: 13) gibt es Bezugspunkte von Medienvertrauen jenseits der »Akteursebene«: Vertraut oder misstraut werden kann demnach ebenfalls auf der »Beitragsebene« etwa einem Berichterstattungsfeld, auf der »Organisationsebene« etwa einem konkreten Medium und auf der »Systemebene« dem gesamten professionellen Journalismus. Und laut Kohring (2004: 171-174) kann sich das Vertrauen von Nutzerinnen und Nutzern auf vier andere Dimensionen beziehen, die im Grunde journalistische Tätigkeiten darstellen: auf die Themenselektivität, die Faktenselektivität, die Richtigkeit von Beschreibungen (sachrichtige Darstellung von Fakten) und auf explizite Bewertungen (Einordnungen, Meinungen).

Wir plädieren dafür, alle diese möglichen Ebenen und Bezugspunkte von Vertrauen im Blick zu behalten und dabei mitzudenken, dass dies analytische Unterscheidungen sind, deren Grenzen in der Realität vermutlich fließend sind (vgl. Haller 2017b: 43). Persönliches Vertrauen bildet hierbei die Grundlage aller sozialen Beziehungen, doch in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft wird Vertrauen vor allem als »öffentliches Vertrauen« (Bentele 1994) wichtig: Das Vertrauen von Menschen in die Demokratie und ihre Institutionen hat konkrete Folgen für die Stabilität der Gesellschaft (vgl. Jackob 2023: 12-13).

Ausgehend von diesen Erörterungen und weiteren Definitionsvorschlägen (vgl. Fawzi et al. 2021: 156, Pollak & Krüger et al. 2024: 289-290) definieren wir Vertrauen wie folgt:

Vertrauen ist eine Beziehungsdimension, als sozialer und psychischer Prozess für Individuen und die Gesellschaft von herausragender Bedeutung, sowie ein Mechanismus zur Reduktion von sozialer Komplexität, der Handlungsfähigkeit im Angesicht von Nichtwissen ermöglicht. Sowohl zwischenmenschliches Vertrauen als auch das Vertrauen von Personen in größere und abstraktere Einheiten (Organisationen, Institutionen, Systeme) sind an positive Erfahrungen und Erwartungen gekoppelt: Es beruht auf zurückliegenden Erfahrungen, muss immer wieder aktuell bestätigt werden und generalisiert Erwartungen an zukünftige Handlungen.

Bislang wurde deutlich, dass es unterschiedlichste Perspektiven auf den Gegenstand Vertrauen gibt. Daran schließt sich die Frage nach dem Verhältnis von Vertrauen und Misstrauen an: Ein Teil der Wissenschaft interpretiert Misstrauen und Vertrauen als Pole einer Skala, andere Autorinnen und Autoren wiederum gehen von einem Gegensatzpaar aus oder davon, dass Ver- und Misstrauen auch gleichzeitig auftreten können, je nach Bezugspunkt (vgl. Blöbaum 2018: 606).

Die oben genannten Annahmen über den Vertrauensprozess lassen sich unter entgegengesetzten Vorzeichen analog auch auf Misstrauen übertragen. In diesem Fall hat das misstrauende Subjekt die Überzeugung, dass Handlungen des Objekts nicht mit den eigenen Erwartungen übereinstimmen und/oder zu subjektiv wahrgenommenen Nachteilen führen. Deshalb wird Misstrauen allgemein als Gegenpol von Vertrauen verstanden »und ist empirisch sogar mithilfe der Inversion von Messinstrumenten für Vertrauen erfasst worden« (Engelke 2018: 142, vgl. Prochazka 2020: 42).

Luhmann zufolge ist Misstrauen jedoch nicht allein fehlendes Vertrauen, vielmehr fungiert es als »funktionales Äquivalent« (Luhmann 2014: 92) von Vertrauen. Das heißt: Sowohl Vertrauen als auch Misstrauen erfüllen die Funktion der Komplexitätsreduktion (vgl. ebd.: 92-93, Prochazka 2020: 42, Geramanis 2002: 53). Engelke weist darauf hin, dass »Vertrauenssubjekte auf einem Kontinuum zwischen niedriger und hoher Vertrauensneigung eingeordnet werden« (Engelke 2018: 134) können. In Verbindung mit Luhmanns Bemerkungen zu fehlendem Vertrauen wird daraus ein Kontinuum der Vertrauensneigung, des-

sen einer Pol für starkes Vertrauen und dessen anderer für starkes Misstrauen steht. Je mehr man sich von den Polen entfernt, desto weniger man also vertraut oder misstraut, desto stärker wird die Gefahr von Überforderung und Handlungsunfähigkeit in einem Schwebezustand des Nicht-Wissens: »Wer sich nur weigert, Vertrauen zu schenken, stellt die ursprüngliche Komplexität der Geschehensmöglichkeiten wieder her und belastet sich damit« (Luhmann 2014: 93). Wird Misstrauen als Gegenteil von Vertrauen verstanden, schlägt enttäuschtes Vertrauen ab einem bestimmten Punkt in Misstrauen um (vgl. Erikson 1992: 75). Doch wer nicht vertraut, ist nicht notwendigerweise schon misstrauisch (vgl. Hartmann 2011: 57). In der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen wird als Gegensatz von Vertrauen das Nichtvertrauen angesehen (vgl. Jackob et al. 2023: 36). Hartmann (2020: 265-367) siedelt dort die Gleichgültigkeit an. Aus der Perspektive der funktionalen Äquivalente können Vertrauen und Misstrauen losgelöst voneinander existieren, was allerdings nicht heißt, dass zwischen beiden keine Wechselwirkungen oder Beeinflussungen bestehen.

Diese Interpretation erscheint schlüssig. Denn einmal enttäuschtes Vertrauen muss nicht zwangsläufig in Misstrauen umschlagen. Der Grad an Vertrauen mag durch eine Enttäuschung sinken. Häufig stellt sich jedoch erst dann Misstrauen ein, wenn positive Erwartungen in einem zeitlich überschaubaren Rahmen mehrfach nicht erfüllt wurden und davon auszugehen ist, dass sich die negative Interaktion wiederholen wird. In der Literatur findet man sowohl Schwellenmodelle (vgl. Luhmann 2014, Seiffert-Brockmann 2015: 202), in denen nach einer Kippschwelle eine radikale Destabilisierung ursprünglicher Deutungsmuster passiert, als auch ein Modell allmählicher Verluste oder Gewinne an Vertrauen ohne dramatische Kipppunkte (vgl. Herrmann & Wiafe 2020: 153).

Vertrauen und Misstrauen sind Beziehungsdimensionen und dienen beide der Komplexitätsreduktion (vgl. Prochazka 2020: 42). Doch sie haben noch andere zentrale Eigenschaften gemein: Es sind Interessenartikulationen und Haltungen des Engagements: »Der Misstrauische will ein Ziel erreichen wie der Vertrauensvolle auch, nur zweifelt er daran, es ohne Kontrollmaßnahmen tun zu können. Der Misstrauische ist insofern noch interessiert [...]« (Hartmann 2017: 7), zeigt eine Haltung des Engagements und eben nicht der Gleichgültigkeit. Es ist dann die Frage, ob das Misstrauen »zentrifugal« oder »zentripetal« wirkt, also ob der bzw. die Misstrauische aus der Gesellschaft hinausstrebt und mit ihr bricht oder sein bzw. ihr Misstrauen als Antrieb zur konstruktiven Verbesserung der Gesellschaft nutzt (vgl. Mühlfried 2019).

Ausgehend von diesen Betrachtungen definieren wir Misstrauen wie folgt:

Misstrauen ist die Überzeugung eines Subjekts, dass Handlungen des Objekts nicht mit den eigenen Erwartungen übereinstimmen und/oder zu für das Subjekt nachteiligen Erfahrungen führen. Misstrauen ist nicht generell als Gegen teil von Vertrauen zu verstehen, Vertrauen und Misstrauen sind vielmehr funktionale Äquivalente in Bezug auf die Reduktion von Komplexität sowie in Bezug auf Engagement und können auch losgelöst voneinander existieren.

2.2 Journalismusvertrauen

2.2.1 Begriffsverständnis

Journalismus hat in der Demokratie im Wesentlichen drei Funktionen: die Bevölkerung zu informieren, zur Meinungsbildung beizutragen sowie (als sogenannte »Vierte Gewalt« im Staat) Kritik und Kontrolle zu üben. Auch eine Bildungs-, eine Unterhaltungs- sowie eine Integrationsfunktion wird journalistischer Berichterstattung zugeschrieben. Eine klassische Lehrbuchdefinition lautet:

»Journalismus recherchiert, selektiert und präsentiert Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Er stellt Öffentlichkeit her, indem er die Gesellschaft beobachtet, diese Beobachtung über periodische Medien einem Massenpublikum zur Verfügung stellt und dadurch eine gemeinsame Wirklichkeit konstruiert. Diese konstruierte Wirklichkeit bietet Orientierung in einer komplexen Welt.« (Meier 2018: 14)

Wir erweitern Meiers Definition um einen fehlenden Oberbegriff: Wir sehen ihn als gesellschaftliche »Institution«, was im Sinne des Neo-Institutionalismus etwa als »Regelsystem« verstanden werden kann (vgl. Donges 2006: 568-569, Buschow 2012: 36-38). Wichtig finden wir weiterhin die Aspekte der Unabhängigkeit, Arbeitsteilung und Qualitätskontrolle. Denn im Unterschied zur Public Relations, die eine Selbstdarstellung partikularer Interessen liefert, leistet Journalismus eine Fremddarstellung im allgemeinen Interesse (vgl. Baerns 1982: 58). Im Unterschied zu Alternativmedien und/oder Bürgerjournalismus wird der professionelle Journalismus in arbeitsteilig or-

ganisierten Redaktionen von Journalistinnen und Journalisten im (Haupt-) Beruf betrieben und unterliegt Mechanismen der Qualitätssicherung innerhalb der Redaktion sowie gesamtgesellschaftlich etwa über Selbstkontrollorgane (vgl. Schweiger 2017: 47).

Journalismus ist eine gesellschaftliche Institution zur Herstellung von Öffentlichkeit. In arbeitsteilig organisierten Redaktionen mit Qualitäts sicherungsmaßnahmen recherchieren, selektieren und präsentieren Journalistinnen und Journalisten Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Journalismus leistet eine Fremdbeobachtung anderer gesellschaftlicher Regelsysteme wie Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft usw., d.h. er beobachtet die Gesellschaft unabhängig von Partikularinteressen und stellt seine Beobachtungen über Medien einem dispersen, tendenziell unbegrenzten Publikum zur Verfügung. So trägt er zur Information und Meinungsbildung sowie Kritik und Kontrolle in einer modernen, ausdifferenzierten und demokratisch verfassten Gesellschaft bei.

Er stellt an sich selbst, vor allem in seinen faktenbetonten Darstellungsformen, den Anspruch, neutral und objektiv zu sein und im allgemeinen, öffentlichen Interesse zu berichten. Wenn wir im Folgenden von journalistischen Medien sprechen, meinen wir diejenigen Medien, über die der etablierte Journalismus Öffentlichkeit herstellt: Tages- und Wochenzeitungen, Nachrichten- und andere nicht-fiktionale Sendungen in Fernsehen und Radio sowie Nachrichtenportale, deren Anspruch es ist, aktuelle Informationen über Politik und Gesellschaft sowie weiteres relevantes Wissen zu vermitteln.

Grundlegend für die Erfüllung der Funktionen des Journalismus in der Demokratie ist ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen seitens der Nutzerinnen und Nutzer. Dieses Forschungsfeld ist von einer Vielzahl von Begriffen und Konzepten gekennzeichnet: So untersuchen Studien etwa »confidence in media« (Johnson & Kaye 2014), »trust in news media« (Fawzi et al. 2021), »Vertrauen in Journalismus« (Kohring & Matthes 2004) oder »Medienvertrauen« (Reinemann et al. 2017), auf der anderen Seite der mutmaßlichen Skala »media distrust« (Ladd 2010), »media skepticism« (Tsfati & Cappella 2003) bzw. »Medienskepsis« (Blöbaum et al. 2020) oder »media cynicism« (Carr et al. 2014) bzw. »Medienzynismus« (Jackob et al. 2023). Vertrauen in Journalismus wird verstanden als die Bereitschaft, Risiken gegenüber journalistischen Medien einzugehen (vgl. Hanitzsch et al. 2017: 3). Das

Vertrauen beinhaltet, dass Rezipientinnen und Rezipienten die vermittelten Informationen in ihr Meinungs-, Einstellungs- und Verhaltensspektrum übernehmen, also »dem eigenen Handeln journalistische Informationsangebote zu Grunde zu legen« (Matthes & Kohring 2003: 10). Dass man sich damit verletzlich macht, betont die Definition von Fawzi et al. (2021: 156): »Trust in news media« ist hier »the individual's willingness to be vulnerable to media objects, based on the expectation that they will perform a) satisfactorily to the individual and/or b) according to the dominant norms and values in society (i.e., democratic media functions)«.

Zugleich sind Medien für viele Menschen der einzige direkte Kontakt zur Politik und deswegen für die freiheitliche demokratische Grundordnung essenziell. Vertrauen in Institutionen und in gesellschaftliche und politische Strukturen kann ohne journalistische Kommunikation nicht ausgebildet werden (vgl. Kohring 2004: 165). Hier geht es also um Vertrauen *durch* Journalismus, welches sich allerdings nur auf der Grundlage von Vertrauen *in* Journalismus ausbildet (vgl. ebd.: 167). Journalismus wird also als Vermittler benötigt, um Vertrauen in andere gesellschaftliche Systeme wie z. B. die Politik aufzubauen zu können bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. ebd.: 12). Geringes Vertrauen in Journalismus kann so auch einen möglichen Grund für Skepsis gegenüber anderen Systemen wie Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft darstellen und einem (wahrgenommenen) Verlust politischer Selbstwirksamkeit Vorschub leisten (vgl. Coleman 2012: 40). Gleichzeitig ist die demokratische Gesellschaft auf ein kritisches Publikum angewiesen, das dem Journalismus nicht blind vertraut, sondern mit einer gewissen Skepsis die Einhaltung von Qualitätsmerkmalen überwacht (vgl. Müller 2013: 84) und somit auch als eine Instanz für externe Qualitätssicherung wirkt.

2.2.2 Forschungsstand: Ausmaß des Journalismusvertrauens

Nach diesen Begriffsdefinitionen wird im Folgenden der Stand der bisherigen empirischen Forschung zum Journalismusvertrauen dargestellt, weil sich unsere empirische Arbeit – im Wechselspiel und Zusammenhang mit Politik- und Demokratievertrauen – zentral auf diesen bezieht.

Vertrauen bzw. Misstrauen in Medien bzw. den Journalismus sind, wie bereits ausgeführt, wesentliche Einflussfaktoren für die Funktionsweise demokratischer Gesellschaften. Daher überrascht es nicht, dass viele Studien das Medienvertrauen in Deutschland erheben, mit verschiedenen Ansätzen

und Perspektiven. Im Folgenden werden zunächst ausgewählte Studien von 2016 bis 2024 mit ihren Ergebnissen zum Ausmaß des Medienvertrauens kurz vorgestellt.

Wertvolle Erkenntnisse zum Thema liefern Längsschnittbefragungen. In erster Linie ist hier die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen des Instituts für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zu nennen. Die kontinuierliche, repräsentative Forschungsreihe untersucht seit 2008 das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Medien im Allgemeinen sowie in verschiedene Mediengattungen (wie Fernsehen, Radio, Print- und Online-Medien). Seit dem Start der Studie wurden bereits neun Wellen erhoben, seit 2015 im Ein-Jahres-Abstand. Durch die regelmäßige Befragung über mehrere Jahre hinweg können Dynamiken des Medienvertrauens in Deutschland beobachtet, Tendenzen identifiziert und die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Journalismusvertrauen erkannt werden (vgl. Jackob et al. 2023).

Die Ergebnisse der neunten Welle 2023 wurden im April 2024 veröffentlicht und zeigen, dass das Gesamtvertrauen der Deutschen in die Medien gegenüber den Spitzenwerten während der Corona-Pandemie im Jahr 2020 (56 Prozent) weiter abgesunken ist. Nur noch 44 Prozent stimmten der Aussage zu: »Wenn es um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale und Krisen – kann man den Medien vertrauen« (Quiring et al. 2024: 2). Dieser Wert deckt sich in etwa mit dem letzten Jahr vor Beginn der Pandemie (2019: 43 Prozent; vgl. ebd.). Die Studie geht deswegen von einer »Sondersituation mit einem erhöhten Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt« (ebd.) während der Pandemie aus.

Gestiegen ist die Anzahl derer, die den Medien »eher nicht« oder »überhaupt nicht« vertrauten: So gab 2022 jede bzw. jeder Fünfte an, den Medien tendenziell nicht zu vertrauen, 2023 war es bereits jede bzw. jeder Vierte (vgl. ebd.: 2-3). Wenn man auf einzelne Medienangebote schaut, relativiert sich der Befund etwas. Denn dem Mediensystem insgesamt nicht zu vertrauen, bedeutet im Umkehrschluss scheinbar nicht, dass die Menschen gar kein Medienangebot finden, das ihnen vertrauenswürdig erscheint. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die ARD (Arbeitsgemeinschaft öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten), das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), die Sendung *Tagesschau*, die überregionale *Süddeutsche Zeitung*, das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* und die Wochenzeitung *Die Zeit* wurden als vertrauenswürdige Medienangebote am häufigsten genannt (vgl. ebd.: 4). Diese Werte sind in den vergangenen Jah-

ren relativ stabil geblieben. Das immer schon niedrige Vertrauen der Bevölkerung in Online-Nachrichtenangebote setzte sich 2023 fort (Messenger-Dienste 4 Prozent, alternative Nachrichtenseiten 4 Prozent, Videoplattformen 6 Prozent und Soziale Netzwerke 2 Prozent; vgl. ebd.: 6).

Die Mainzer Langzeitstudie erfasst darüber hinaus auch die Art und Schärfe der Medienkritik, ob also etwa »medienzytische Einstellungen« über eine konstruktive Skepsis und Kritik im öffentlichen Diskurs hinausgehen. Typische Vorwürfe sind beispielsweise, dass Medien und Politik zusammenarbeiten, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren (2023: 23 Prozent Zustimmung), oder dass die Bevölkerung von den Medien systematisch belogen wird (2023: 17 Prozent Zustimmung) (vgl. ebd.: 7). Diese Einstellungen haben 2023 im Vergleich zu den Vorjahren wieder leicht zugenommen, doch noch immer übersteigt die Ablehnung dieser Aussagen deutlich die Zustimmung (vgl. ebd.: 8). Vergleicht man Medien und Politik, so zeigt sich, dass 44 Prozent der Menschen voll und ganz bzw. überwiegend den Medien vertrauten, während dies gegenüber der Politik nur bei 17 Prozent der Fall ist (vgl. ebd.: 8-9).

Eine weitere Studienreihe ist die seit 2012 jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung »Reuters Institute Digital News Report«. Das Reuters Institute for the Study of Journalism (Oxford) untersucht die Nachrichtennutzung im internationalen Vergleich und zeigt generelle Trends und nationale Besonderheiten auf. Für die Studie 2024 wurden Befragungen in 47 Ländern mit über 95.000 Befragten realisiert. Ein Schwerpunkt der deutschen Teilstudie unter Federführung des Hans-Bredow-Instituts in Hamburg liefert Einblicke auf die Fragen, wie viel Vertrauen die Menschen den Nachrichten in Deutschland entgegenbringen, woran sie ihre Vertrauenseinschätzungen festmachen, was sie von den Nachrichtenmedien erwarten und inwiefern sie diese Erwartungen als erfüllt ansehen.

Im Jahr 2024 waren mit 43 Prozent genauso viele Befragte wie im Vorjahr der Meinung, dass man dem Großteil der Nachrichten meist vertrauen könne. 2021 bzw. 2022 waren es hingegen noch 53 bzw. 50 Prozent (vgl. Behre et al. 2024: 46). Das Vertrauen in die Nachrichten, die die Befragten selbst nutzen, war im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls beständig: 2024 stimmten 53 Prozent der Aussage zu, dem Großteil der von ihnen genutzten Nachrichten meist vertrauen zu können. Im Zeitverlauf zeigt sich ein ähnliches Muster wie in Bezug auf das allgemeine Nachrichtenvertrauen: Nach einem leichten Anstieg des Vertrauens im Pandemiejahr 2021 (62 Prozent) sind die Werte

2022 leicht gesunken (57 Prozent) und bewegen sich seit zwei Jahren mit jeweils 53 Prozent auf noch einmal etwas niedrigerem Niveau (vgl. ebd.: 47). Ein gewisses Misstrauen besteht auch gegenüber Online-Nachrichten. 2024 haben 42 Prozent der Befragten Bedenken geäußert, bei Online-Nachrichten zwischen Fakten und Falschmeldungen unterscheiden zu können (2023: 37 Prozent; vgl. ebd.: 50).

Neben diesen beiden Langzeituntersuchungen existiert auch die seit 2002 durchgeführte Studie »Die distanzierte Mitte« des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung, die rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland untersucht. Die repräsentative Studie 2022/23 zeigt, dass das Vertrauen vieler Menschen in die Medien zugunsten des Internets gesunken ist – 61 Prozent der Befragten vertrauten »dem Internet mehr als den öffentlich-rechtlichen Medien« –, obwohl die Mehrzahl der Menschen die öffentlich-rechtlichen Medien »für eine wichtige Säule der Demokratie« (59 Prozent) hielten (vgl. Küpper et al. 2023: 104-105, Zick et al. 2023).

Die explorative »Trendstudie zu Medienvertrauen« des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster untersuchte mit einer repräsentativen Befragung 2016/2017, womit Mediennutzer die Begriffe Medienvertrauen und Medienmisstrauen verbinden, und ist damit die einzige Studie, die ausdrücklich Medienmisstrauen erhebt. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass 2016/17 jeder fünfte Bürger in Deutschland den Medien misstraut hat, während 22 Prozent weder vertrauten noch misstrauten und 57 Prozent vertrauten (vgl. Blöbaum 2018: 603). Eine repräsentative Online-Befragung von Prochazka (2020) aus dem Jahr 2017 zeigte Vertrauenswerte im mittleren Bereich mit einem leichten Überhang zu hohem Vertrauen (vgl. ebd.: 265). Allerdings lehnte etwa ein Viertel die Aussage ab, dass die Bildung einer fundierten Meinung auf Basis von Inhalten der etablierten Medien möglich sei, und 32 Prozent wollten wichtige Entscheidungen nicht auf Grundlage von Informationen aus den etablierten Medien treffen (vgl. ebd.: 182). Zwei Befragungswellen des Projekts »Journalismus und Demokratie«, durchgeführt vom Institut für Journalistik der TU Dortmund, zeigten ebenfalls eine Mehrheit von 58 Prozent (2023) bzw. 56 Prozent (2024), die der Aussage »Ich glaube, man kann dem Großteil der Nachrichten in Deutschland meist vertrauen« zustimmen (vgl. TU Dortmund o.J.).

Weitere Studien ermöglichen Vergleiche zum Medienvertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland. Der »Monitor« der Konrad-Adenauer-Stiftung

hat unter dem Titel »Welchen Nachrichten kann man noch trauen?« die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap veröffentlicht. Hier wurde untersucht, in welchem Maße Menschen Angst vor der Verbreitung von Desinformation haben und ob sie den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen. Zum Jahreswechsel 2022/23 stuften 26 Prozent der Befragten die politischen Nachrichten als nicht glaubwürdig ein, 2019/20 waren es nur 18 Prozent (vgl. Hirndorf & Roose 2023: 10). Die Untersuchung markiert dabei deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Letztere beurteilten die politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien kritischer: 36 Prozent der Ostdeutschen hielten diese für nicht glaubwürdig (Westdeutschland: 23 Prozent; vgl. ebd.: 11). Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei dem Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien generell ab: In Ostdeutschland hatten 2022/23 16 Prozent der Befragten gar kein Vertrauen und 31 Prozent wenig Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen. In Westdeutschland waren es 11 bzw. 24 Prozent. Dennoch brachte auch in Ostdeutschland eine Mehrheit (51 Prozent) den öffentlich-rechtlichen Medien generell viel Vertrauen entgegen (vgl. ebd.: 14).

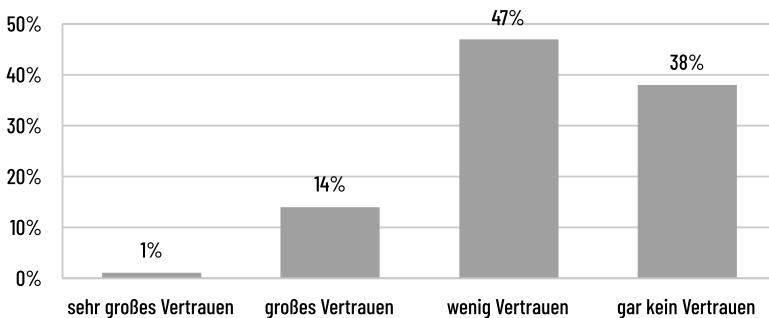
Eine Studie von Infratest dimap (2023) im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks (WDR) kam zu dem Ergebnis, dass 42 Prozent der Bundesbürger an Vorgaben von Staat und Regierung für die Berichterstattung der Medien glauben (vgl. ebd.: 71). 44 Prozent der Befragten bringen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenig oder kein Vertrauen entgegen (vgl. ebd.: 13). In Ostdeutschland vertrauten 45 Prozent dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in Westdeutschland waren es hingegen 56 Prozent (vgl. ebd.: 17). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt bereits 2017 eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung, die Ergebnisse der Leipziger »Mitte«-Studie mit Abfragen der Einstellung gegenüber verschiedenen Medien kombiniert. So schätzen in Westdeutschland 55,7 Prozent der Befragten, in Ostdeutschland aber nur 45,2 Prozent den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als glaubwürdig ein (vgl. Decker et al. 2017: 21-22).

Weitere Vergleichswerte zwischen Ost und West in der Studie von Infratest dimap von 2023 belegen deutliche Unterschiede. In Ostdeutschland werden im Vergleich zu Westdeutschland drei Aspekte deutlich schlechter beurteilt: die Qualität des Informationsangebotes (Ost: 70 Prozent, West: 83 Prozent; vgl. Infratest dimap 2023: 26), die Glaubwürdigkeit der Mediendaten in Deutschland (Ost: 43 Prozent, West: 60 Prozent; vgl. ebd.: 30) sowie die Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender (Ost: 55 Prozent, West: 67 Prozent; vgl. ebd.: 36). Für gänzlich verzichtbar

halten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Ostdeutschland 33 Prozent, in Westdeutschland 31 Prozent (vgl. ebd.: 78).

Der Untersuchungsregion der vorliegenden Studie widmet sich der »Sachsen-Monitor«, der sich seit 2016 in inzwischen fünf Ausgaben speziell mit diesem Bundesland beschäftigt und von der Sächsischen Staatskanzlei in Auftrag gegeben ist. Für den Monitor 2023 hat das Meinungsforschungsinstitut dimap ca. 2.000 repräsentativ ausgewählte Menschen in Sachsen befragt. Auffällig ist, dass ganze 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Medien skeptisch gegenüberstehen.

Abb. 1: Ausmaß des Institutionenvertrauens in Medien im »Sachsen-Monitor« 2023



Eigene Darstellung nach Schlinkert et al. 2024b: 261

So hatten 38 Prozent der Menschen gar kein Vertrauen und weitere 47 Prozent wenig Vertrauen (siehe Abb. 1). Das größte Vertrauen hatten die Bürgerinnen und Bürger noch in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der aber gegenüber der Erhebung von 2021/22 dennoch erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßte. So vertrauten 2023 nur noch 51 Prozent den öffentlich-rechtlichen Informationen (2021/22 63 Prozent), 47 Prozent misstrauten ihnen (2021/22 34 Prozent) (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 357, Schlinkert et al. 2024a: 35). Dennoch gaben 47 Prozent der Befragten an, ihre Informationen und politische Nachrichten hauptsächlich aus dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu beziehen (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 363 und 368). Gegenüber Social Media war das Misstrauen größer. 78 Prozent hielten diese Kanäle für nicht glaubwürdig (vgl. ebd.: 361).

Darüber hinaus ergab der jüngste »Sachsen-Monitor«, dass 42 Prozent der sächsischen Bevölkerung dem Item »Die Medien und die Politik stecken

unter einer Decke« voll und ganz oder eher zustimmten (vgl. ebd.: 381). Nur 27 Prozent lehnten diese Aussage voll und ganz oder eher ab (bundesweit wurde die Aussage weitaus stärker abgelehnt, nämlich von 56 Prozent; vgl. Quiring et al. 2024: 8). Für Sachsen ist auch die »Medienkompetenz-Studie« von Interesse. Im Rahmen des Pilotprojekts »Medienpädagogisches Zentrum+« (MPZ+) im Landkreis Nordsachsen wurde 2019/2020 eine Bedarfserhebung durchgeführt, die den Status quo der Medienkompetenz bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sowie die Mediennutzung und Einstellung der sächsischen Bevölkerung zu Medien und Journalismus repräsentativ erhob. Demnach vertrat rund ein Drittel der Bevölkerung in Sachsen die Meinung, Medien seien dazu da, »Meinungen zu lenken« (35 Prozent) oder »politische Meinungen zu vertreten« (34 Prozent; vgl. Bigl & Schubert 2021: 122). Zudem waren 22 Prozent der Befragten der Ansicht, »Medien dienen den Interessen des Staates und des Kapitals« (vgl. ebd.: 9). Ein weiterer Befund war, dass einem erheblichen Teil der sächsischen Bevölkerung grundlegende journalistische Arbeitsweisen und -prinzipien nicht bekannt sind. So bewerteten die Befragten ihr Wissen über Rundfunk und Journalismus in Deutschland selbst als eher schlecht (durchschnittlich Schulnote 3; vgl. ebd.: 116).

Die vorgestellten quantitativen Studien haben jeweils einen unterschiedlichen Fokus, dennoch zielen sie alle auf große Populationen ab und erheben das Medienvertrauen mit standardisierten Items. Legt man diese Studien nebeneinander, ergibt sich das Bild eines weitverbreiteten Misstrauens in Journalismus, wobei dieses in Sachsen offenbar stärker ausgeprägt ist als in allen ostdeutschen Bundesländern und in den ostdeutschen Bundesländern stärker als in den westdeutschen. Doch was sind die Ursachen dieses Misstrauens? Und welche Erfahrungen wiederum liegen diesen zugrunde? Die Mainzer Langzeitstudie betont zu Recht, dass sich mit quantitativen Erhebungen keine Schlussmomente und Kipppunkte identifizieren lassen, die am Beginn einer Erosion des Vertrauensverhältnisses zwischen Medien und Gesellschaft stehen:

»Denn gerade diese Momente sind es, die für Individuum und Gesellschaft so relevant sind und die sich zugleich einer einfachen Erhebung über die Erinnerung in einem üblichen Fragebogendesign in vielen Fällen entziehen. Diese Kipppunkte sind entscheidend, um zu verstehen, welche Entwicklungen und Ereignisse dazu führen können, dass Menschen nachhaltig in ihrem Vertrauen erschüttert werden oder sogar eine zutiefst ablehnende und zynische Haltung einnehmen.« (Jackob et al. 2023: 183).

2.2.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Journalismusvertrauen

Neben dem Ausmaß des Medienvertrauens bzw. der Verbreitung medien-skeptischer Einstellungen beschäftigt sich die kommunikationswissenschaftliche Vertrauensforschung auch mit den Gründen für Medienskepsis. In der Literatur wird hier zuweilen unterschieden zwischen binnenmedialen und medienexternen Ursachen sowie zwischen manifesten und latenten Ursachen: Verliert eine Rezipientin aufgrund einer erlebten Fehlleistung von Medien das Vertrauen, wäre dies eine binnenmediale (= von Medien selbst verschuldete) und zugleich manifeste (= der Rezipientin selbst bewusste) Ursache. Medienexterne und zugleich meist latente Ursachen können etwa in Zusammenhang mit der Mediенsozialisation oder bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen stehen (vgl. Granow et al. 2020: 101-102). Zu den manifesten Gründen zählt also vor allem die Wahrnehmung journalistischer Qualität bzw. eine erlebte Diskrepanz zwischen Qualitätserwartungen und den Erfahrungen mit dem realen Output der Redaktionen (vgl. Behre et al. 2024: 52-57, Prochazka 2020, Mede et al. 2020).

Eine wahrgenommene schlechte Berichterstattung kann dann wiederum auf reale Qualitätsmängel zurückzuführen sein (binnenmediale Ursache) oder auf eine verzerrte Wahrnehmung der Mediennutzenden (medienexterne Ursache) aufgrund deren politischer Voreinstellungen: So tendieren etwa Menschen mit einer starken Meinung zu einem Streitthema dazu, eine ausgewogene Berichterstattung als ihrer Haltung entgegengesetzt wahrzunehmen (»Hostile-Media-Effekt«). Zudem halten Personen Medienbeiträge, die ihre Voreinstellungen bestätigen, für glaubwürdiger als Beiträge, die diesen widersprechen, was dazu dient, ihre Überzeugungen aufrechtzuhalten (»Motivated Skepticism«; vgl. Maurer et al. 2018).

Generell kann konstatiert werden, dass in der deutschen Kommunikationswissenschaft weniger Energie darauf verwendet worden ist, reale Mängel von Berichterstattung (also binnenmediale Ursachen von Medienskepsis) inhaltsanalytisch dingfest zu machen, als jene Faktoren bzw. Prädiktoren zu finden, mit denen (als medienexterne Gründe) medienskeptische Einstellungen erklärt oder vorausgesagt werden können.¹ Auf der Suche nach psycho-

¹ So stehen etwa dem DFG-Netzwerk »Medienvertrauen in der digitalen Welt« und dem ehemaligen DFG-geförderten Münsteraner Graduiertenkolleg »Vertrauen und Kommunikation in einer digitalisierten Welt« mit oft psychologisch ausgerichteter Rezipientenfor-

logischen Persönlichkeitseigenschaften, politischen Charakterzügen und soziodemografischen Merkmalen, die eine kritische bis zynische Einstellung zum etablierten Journalismus begünstigen, werden in der Forschung so unterschiedliche Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung, Mediennutzung, interpersonales Vertrauen, Interesse an Politik, Verschwörungsmentalität, politische bzw. Parteipräferenzen, Demokratiezufriedenheit und das mediale Repräsentationsgefühl untersucht.

Zu Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und Einkommen als Einflussvariablen liegen in der Zusammenschau internationaler Studien widersprüchliche oder nicht signifikante Befunde vor; hier sind keine eindeutigen Zusammenhänge erkennbar. Medienmisstrauen ist, so formulieren es Fawzi et al. (2021: 159), kein exklusives Phänomen einzelner sozialer Gruppen.

Im Gegensatz zu solchen klassischen soziodemografischen Merkmalen gibt es jedoch gesicherte Verbindungen zu Mediennutzungsmustern, zu bestimmten psychologischen Charakteristiken, zu (weiteren) politischen Einstellungen sowie zum medialen und politischen Repräsentationsgefühl. So zeigen die Daten der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, dass Menschen mit »medienzynischen« Einstellungen im Vergleich zu Personen mit hohem Medienvertrauen

- seltener öffentlich-rechtliche Medien und häufiger Alternativmedien und soziale Netzwerke nutzen, wo sie offenbar Stoff und Bestärkung für ihre Medienkritik finden (vgl. Jackob et al. 2023: 65);
- eine niedrigere formale Bildung aufweisen (auch wenn dies Teilen der internationalen Forschungslage widerspricht) und weniger Faktenwissen über den Journalismus besitzen (vgl. ebd.: 56, 118);
- häufiger zum Glauben an Verschwörungserzählungen neigen, also häufiger die »offizielle Version« wichtiger Ereignisse anzweifeln und verborgene Mächte oder Netzwerke mit finsternen Absichten am Werk sehen (vgl. ebd.: 113) – was ebenfalls naheliegend erscheint, da der »Lügenpresse«-Vorwurf auch als ein Verschwörungsverdacht gedeutet werden kann;

schung nur vereinzelte Studien gegenüber, die Berichterstattung zu Aufregerthemen wie der Fluchtkrise von 2015/16 (Maurer et al. 2019, Haller 2017a), der Corona-Pandemie (Maurer et al. 2021) und Ukraine (Maurer et al. 2023, Krüger & Mundt 2020) inhaltsanalytisch auf journalistische Qualitätskriterien überprüft haben.

- ein niedrigeres interpersonales Vertrauen haben, also häufiger erwartet, dass andere Menschen sie hintergehen – ein solches generalisiertes Ver- oder Misstrauen hängt in der Regel von Erfahrungen ab der frühen Sozialisation ab (vgl. Granow et al. 2020);
- ein niedrigeres Institutionenvertrauen haben, also auch anderen gesellschaftlichen Regelsystemen wie Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Justiz weniger vertrauen – wohinter sich möglicherweise eine generelle Ablehnung gesellschaftlicher Eliten verbirgt (vgl. Jackob et al. 2023: 80-91);
- häufiger mit ihrer wirtschaftlichen Situation unzufrieden sind und häufiger Angst vor einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation haben (vgl. ebd.: 58-60);
- häufiger die AfD wählen – eine rechtspopulistische bis rechtsextreme Partei, die mit Politik und Medien unzufriedene Menschen nicht nur abholt, sondern deren Verdruss auch gezielt befeuert (vgl. ebd.: 94);
- weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind (vgl. ebd.: 91).

In anderen Studien wird medienskeptischen Personen zusätzlich eine Neigung zum »Populismus« nachgewiesen, also eine Tendenz zum »Anti-Elitismus« und eine »anti-pluralistische Konstruktion und Betonung eines ‚Volkes‘« (Schindler et al. 2018: 286) bzw. eines »Volkswillens«, der von den Regierenden missachtet werde (vgl. Distelrath & Kaukemüller 2020: 80, Fawzi 2019).

Generell besteht ein stabiler und positiver statistischer Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Medien und der Zufriedenheit mit der Demokratie bzw. Politik (vgl. Teichler et al. 2023: 54, Decker et al. 2017: 39, Decker et al. 2019: 41, Infratest dimap 2020: 24, Hirndorf & Roose 2023: 13, Reinemann et al. 2017: 88, Inglehart et al. 2018, Hanitzsch et al. 2017, Tsfati & Ariely 2014, van Eimeren et al. 2017, Newman et al. 2023). In dieses Bild passt, dass eine Schweizer Studie während der Corona-Pandemie einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Medienvertrauen und der Bereitschaft fand, den Corona-Maßnahmen der Regierung zu folgen (vgl. Adam et al. 2023). In Ländern, die von der Eurokrise stark geschüttelt wurden, korrelierte das Medienvertrauen sogar mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Köhler & Otto 2018).

Viele dieser empirisch belegten Zusammenhänge scheinen in der Gesamtschau die These zu bestätigen, dass mit Abfragen des Medienvertrauens eigentlich etwas anderes gemessen wird, als gemessen werden soll: nämlich

die Zufriedenheit mit den generellen gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. Zuständen oder dem gesellschaftlichen System (vgl. Blöbaum 2022: 91). Man muss nicht so weit gehen zu sagen, dass die Ergebnisse solcher Umfragen lediglich »ein Artefakt« (Meyen 2020: 60) seien. Doch existiert mindestens ein größerer Kontext, der das Medienvertrauen im Bereich des Politik- und Systemvertrauens gleichsam einbettet und den Hanitzsch et al. (2017) den »Trust Nexus« nennen. Man kann vermuten: Entweder färbt eine politische Unzufriedenheit auf die Wahrnehmung von Nachrichtenmedien ab, die versuchen, politische Prozesse und den Diskurs politischer Eliten neutral abzubilden, oder es bestehen reale Parteilichkeiten und Repräsentationslücken im medialen Mainstream, unter denen die medienskeptischen Personen leiden.

So ist inzwischen das »mediale Repräsentationsgefühl« zu einem weiteren gesicherten Prädiktor für Medienvertrauen avanciert. In einer ersten Studie mit diesem Begriff – der eine Übertragung des politikwissenschaftlichen Konzepts der Repräsentation in die Kommunikationswissenschaft darstellt und meint, dass jemand seine politischen Standpunkte in den Medien wiederfindet – stellten Jandura et al. (2018) ein erstaunlich niedriges mediales Repräsentationsgefühl in der deutschen Bevölkerung fest. 44 Prozent der Befragten stimmten im Jahr 2016 nicht der Aussage zu »Es gibt Medien, die ausdrücken, was ich zu politischen Themen meine« (davon »eher nicht« 34 Prozent und »überhaupt nicht« 10 Prozent). Das Ausmaß des Repräsentationsgefühls variierte je nach der Zugehörigkeit zu einem von fünf »politisch-kommunikativen Milieus«, die nach »Nähe« bzw. »Distanz zur Politik« sortiert sind: Am höchsten war es im Milieu »Aktive Staatsbürger-schaft«, gefolgt von der »Loyal-passiven Mitte« und der »Skeptischen Mitte«, am niedrigsten war es bei den »Entfremdeten Demokratiekritikern« und den »Teilnahmslos-Distanzierten« (ebd.: 121-122).

Der naheliegende Befund lautete: »Das mediale Repräsentationsgefühl differenziert sich systematisch zwischen politiknahen und politikfernen Milieus, das heißt zwischen Bevölkerungsgruppen mit jeweils unterschiedlichen Graden politischer Selbstwirksamkeit. Mit einem zunehmenden Entfremdungsgefühl von der Politik oder einem abnehmenden Vertrauen in die eigene politische Kompetenz sinkt auch die Wahrnehmung medialer Repräsentation« (ebd.: 125). Weitere Studien bestätigten den Zusammenhang zwischen medialem Repräsentationsgefühl (vgl. Prochazka 2020, Baum & Haberl 2020) bzw. der »wahrgenommenen Interessenvertretung durch Medien« (Schindler et al. 2018) und dem Medienvertrauen.

Ähnlich wie die Milieustudie von Jandura et al. (2018) unternahmen weitere Studien den Versuch, medienskeptische Personen in verschiedene Typen zu unterteilen. Aus einer US-Studie der 1980er stammt eine grundlegende Einteilung in »misstrauische Kritiker« mit niedriger formaler Bildung, wenig Interesse an journalistischen Inhalten und einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Eliten sowie »differenzierte Skeptiker« mit höherer Bildung, höherem Interesse an Nachrichten und viel Hintergrundwissen zur Arbeitsweise von Medienhäusern und Redaktionen (vgl. Gaziano & McGrath 1986).

Mit Bezug auf das Medienwissen als Unterscheidungskriterium bildeten Prochazka und Schweiger (2020) anhand einer Online-Befragung von 257 Personen mit niedrigem Medienvertrauen drei Typen: die »Enttäuschten Journalismus-Idealisten«, die »Diffus Medienskeptischen« sowie die »Abgehängten Skeptiker«. Erstere nutzten intensiv sowohl Mainstream- wie Alternativmedien, waren vergleichsweise höher gebildet, hatten hohe Ansprüche an den Journalismus und sahen diese verletzt, neigten aber weniger zu Verschwörungsannahmen und wiesen in Sachen Parteineigung eine relativ große Vielfalt auf. Die zweite Gruppe war formal niedriger gebildet sowie von einer recht hohen »Verschwörungsmentalität«, geringerem Medienwissen und geringerem Medienkonsum geprägt; die AfD-Wählerschaft war hier am größten. Die »abgehängten Skeptiker« schließlich, mit ähnlicher formaler Bildung, nutzten kaum Nachrichtenmedien, gingen häufig nicht zur Wahl und zeigten »eine Gleichgültigkeit und womöglich auch Resignation gegenüber Politik, Journalismus und gesellschaftsrelevanten Ereignissen« (ebd.: 204).

Andere Einteilungen entstanden im Rahmen einer qualitativen Studie von Blöbaum et al. (2020), bei der 85 Leitfadeninterviews und fünf Gruppendiskussionen mit medienskeptischen Personen in mehreren west- und ostdeutschen Bundesländern geführt wurden. Distelrath und Kaukemüller (2020) bildeten daraus vier Typen. Zwei davon waren »weiche Typen«, also grundsätzlich (noch) vertrauend: »Die Ambivalenten« und »Die Differenzierten«. Die zwei anderen waren »harte Typen«, genannt »Die notorisch Zweifelnden« und »Die Hardliner«. Die Medienkritik der verschiedenen Typen variierte demnach von realistisch bis vernichtend, von sachlich-fundiert bis aggressiv und von gemäßigt bis radikal (vgl. ebd.: 75). Es wurden jeweils Unterschiede in formaler Bildung, politischer Einstellung, »Populismustendenzen« und »Politik- und Systemzufriedenheit« konstatiert.

2.3 Politik- und Demokratievertrauen

2.3.1 Begriffsverständnis

Angesichts einer langen und vielfältigen Begriffsgeschichte lässt sich keine einheitliche Definition von Politik bestimmen (vgl. Dörner & Rohe 2000: 484-488), so dass eine Festlegung auf ein pragmatisch gewähltes Verständnis im Interesse der jeweiligen Forschungsfragen getroffen werden muss. Wir verwenden im Rahmen dieser Arbeit ein Begriffsverständnis, dass Politik als Handeln begreift, bei dem autoritative Entscheidungen über den Einsatz von Macht, Ressourcen oder Gütern getroffen werden (vgl. Adam 2007: 15-22). Ergänzt um den zusätzlichen Aspekt, dass Politik in der Gegenwart zumeist mit einem Versprechen verbunden ist, das Wohl der Gemeinschaft zu fördern, kommt Meyer (2010: 37) zu folgender Definition: »Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen.« Unter Rückgriff auf eine angelsächsische Unterscheidung des Begriffs umfasst Politik die Gesamtheit der politischen Institutionen und Strukturen (institutionelle Ebene, *polity*), die politischen Prozesse (prozedurale Ebene, *politics*) und die politischen Inhalte und Entscheidungen (sachlich-materielle Ebene, *policy*) (vgl. Waschkuhn 2002: 21-22). Wenn wir in dieser Arbeit von »institutionalisierte Politik« sprechen, verstehen wir darunter die Beschaffenheit von sowie jede Aktivität von und zwischen den staatlichen Verfassungsorganen der repräsentativen Demokratie (Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundesversammlung, Gemeinsamer Ausschuss und Bundesverfassungsgericht sowie die jeweiligen Pendants auf supranationaler, Länder- und Kommunalebene) sowie den am Willensbildungsprozess beteiligten gesellschaftlichen Organisationen (Parteien, Verbände etc.) (vgl. Massing 2015). Die institutionalisierte Politik deckt somit nur die Bereiche *polity* und *politics* des oben beschriebenen Politikbegriffs ab. Als Output hat sie *policies*, die auf Zustimmung oder Ablehnung vonseiten der Wählerinnen und Wählern stoßen können. Das Politische System bezeichnet allgemein »die Gesamtheit der staatlichen und außer-staatlichen Institutionen, Akteure, Normen und Verfahren, die innerhalb eines vorgegebenen Handlungsrahmens an politischen Prozessen, insbesondere der Politikformulierung und -umsetzung, beteiligt sind« (Holtmann 1991).

Das Politikvertrauen der Menschen, also das Vertrauen in staatliche Institutionen, Akteure und demokratische Prozesse sowie die politische Partizipation, also an Politik teilzuhaben und diese mit beeinflussen zu können, sind für die Akzeptanz politischer Entscheidungen und für die Stabilität und Legitimität eines politischen Systems wichtig. Politikvertrauen umfasst dabei die Überzeugung, dass politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Institutionen prinzipiell im Interesse der Allgemeinheit handeln, rechtsstaatliche Prinzipien respektieren, ausreichend kompetent sind und ihren Aufgaben gerecht werden.

Demokratie wiederum meint Volksherrschaft, Herrschaft der Mehrheit, der Vielen – geprägt durch die Gettysburg-Formel Abraham Lincolns ist sie »government of the people, by the people, for the people«. Das bedeutet, die Herrschaft geht aus dem Volk hervor und wird durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt (vgl. Schultze 1998: 112). Die Merkmale einer Demokratie sind die Volkssouveränität als Legitimation von Herrschaft, ein offenes (universales) Wahlrecht, ein Herrschaftsmonopol bei demokratisch legitimierten Institutionen, eine pluralistische Herrschaftsstruktur (Gewaltenteilung, -hemmung, -kontrolle), einen eng begrenzten Herrschaftsumfang und eine rechtsstaatliche Herrschaftsweise (vgl. Merkel 1999: 28). Eine klassische Definition von Lipset (1959: 71) betont neben der Möglichkeit der Teilhabe einer größtmöglichen Zahl von Menschen an politischen Entscheidungsprozessen zudem »regular constitutional opportunities for changing the governing officials«.

Demokratie kann man in diesem Zusammenhang als kollektive Selbstbestimmung der Gleichen und Freien verstehen. Im Vordergrund stehen Fragen der Chancen und Möglichkeiten des Zusammenlebens und des Zusammenhalts (vgl. Endreß 2022). Die politische Ordnung hat drei Ausgangspunkte: die Notwendigkeit gemeinsamer, kollektiver Entscheidungen, die Unverzichtbarkeit einer Rechtsordnung, die individuelle Rechte sichert und kollektives Entscheiden ermöglicht, und den gemeinsamen Wunsch kollektiver Selbstbestimmung (vgl. Nida-Rümelin 2023: 13). Die Demokratie ist ohne den öffentlichen Diskurs, den Austausch von Argumenten für und wider politische Vorhaben, Entscheidungen und Visionen nicht lebensfähig (vgl. ebd.: 22). Der Kern aller normativen Ausprägungen der Demokratie ist Freiheit, Gleichheit und Kontrolle (vgl. Pickel 2024: 6).

Die ihr zugrundeliegenden Werte und Prinzipien gelten nicht nur für die Demokratie als Regierungs- bzw. Herrschaftsform – also auf der Ebene der politischen Institutionen, in der verbindliche Entscheidungen für das Ge-

meinwesen ausgehandelt und getroffen werden –, sondern ebenso auf den Ebenen der »Gesellschaftsform« und der »Lebensform«, also für das zivilgesellschaftliche wie wirtschaftliche Zusammenleben und die individuelle Lebensführung im Alltag (vgl. Himmelmann 2016).

Vertrauen kommt dabei in repräsentativen Demokratien eine wesentliche Bedeutung zu, wie die politische Kulturforschung aus gutem Grund vielfach betont (vgl. Best et al. 2023, Jäckle & Wagschal 2022, Schnaudt 2020, Faus & Storks 2019). Die Stabilität dieser Demokratien hängt schließlich davon ab, dass allgemein davon ausgegangen wird, dass die eigenen Interessen grundsätzlich beachtet werden, ohne vollkommene Kontrolle zu behalten (vgl. Easton 1975: 447).

Politisches Vertrauen wird dabei in der Wissenschaft unterschiedlich konzipiert und definiert. Die meisten Studien verwenden eine allgemeine Definition von Vertrauen (siehe Kapitel 2.1) und wenden diese auf das politische System an. So begreifen beispielsweise Küpper et al. (2023) politisches Vertrauen als »das Vertrauen in staatliche Institutionen, Akteur:innen und demokratische Prozesse« (ebd.: 94). Bei Decker et al. (2019) heißt es: »Unter politischem Vertrauen wird Vertrauen in bestimmte Politiker_innen oder in die politischen Institutionen (wie die Regierung, das Parlament oder die Parteien) verstanden« (ebd.: 8). Faus und Storks (2019) formulieren ihr Verständnis von Vertrauen mit aus, wenn sie beim politischen Vertrauen von der »Überzeugung der Bürger, dass die Parteien im Sinne des Gemeinwesens handeln und nicht bewusst oder absichtlich die Vertrauenden schädigen« (ebd.: 64) sprechen.

Der Begriff des Demokratievertrauens wird seltener und vielfach weitgehend synonym zum politischen Vertrauen verwendet (vgl. Best et al. 2023, Grössenberger & Pausch 2018), umfasst aber gelegentlich auch weitere Elemente, etwa das Vertrauen in Medien und Wissenschaft (vgl. Teichler et al. 2023) oder das Vertrauen in die Integrität von Wahlen (vgl. Küpper et al. 2023). Häufig wird auch nicht unmittelbar Demokratievertrauen betrachtet, sondern vielmehr Demokratiezufriedenheit, die aber stark mit Vertrauen korreliert (vgl. Best et al. 2023: 29), so dass beide Begriffe vielfach im gleichen Atemzug genannt werden.

Die Rolle, die Vertrauen in der Demokratie spielt, ist dabei durchaus zweischneidig. Während Vertrauen einerseits notwendig ist, um die Übertragung von Macht auf Repräsentantinnen und Repräsentanten legitimierend zu stützen, ist ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber diesen für eine gesunde und lebendige Demokratie ebenso unerlässlich. Eine auf Skep-

sis beruhende Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger hilft, möglichen Machtmissbrauch zu erkennen und zu verhindern (was auch ausdrücklich Aufgabe und Funktion journalistischer Medien ist). Zur Gefahr für Demokratie wird Misstrauen dann, wenn es die Legitimation politischer Institutionen, Prozesse sowie von Politikerinnen und Politikern pauschal untergräbt (vgl. Mannewitz & Vollmann 2019: 35, Best et al. 2023: 9, Schaal 2004: 153).

2.3.2 Forschungsstand: Ausmaß des Politik- und Demokratievertrauens

Analog zu Kapitel 2.2.2 über das Ausmaß des Vertrauens in den professionellen Journalismus werden im Folgenden ausgewählte Befragungsstudien vorgestellt, die das Politik- und Demokratievertrauen in Deutschland, Ostdeutschland und in Sachsen zwischen 2017 und 2023 quantifizieren.

Bereits seit 2001 erhebt die Langzeitstudie »Edelman Trust Barometer« das politische Vertrauen in 28 Ländern und beschreibt das Meinungsklima. Das Barometer ist eine internationale, repräsentative, jährliche Umfrage, die weltweit das Vertrauen der Öffentlichkeit in verschiedene Institutionen, darunter Unternehmen, NGOs, Regierungen und Medien misst. Die Studie bietet Erkenntnisse zu den Ausprägungen von Vertrauen in diese Institutionen und gilt als eine der umfassendsten Untersuchungen zum Thema Vertrauen. Ende 2014 war ihr Befund so alarmierend, dass er auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos diskutiert wurde (vgl. Knop 2015). Für Deutschland hat die Erhebung zehn Jahre später belegt, dass das Vertrauen in die Bundesregierung weiter gesunken ist. Vertrauten 2022 dieser noch 47 Prozent der Befragten, waren es 2023 nur noch 42 Prozent (vgl. Edelman Trust Institute 2024: 42).

Zu ähnlichen Werten kommt auch der »Freiheits-Index« des Instituts für Demoskopie in Allensbach und des Forschungsinstituts Media Tenor International. Im Ergebnis vertraute auch hier 2022 eine knappe Hälfte der damals neuen Bundesregierung (48 Prozent) und dem Bundestag (50 Prozent; vgl. Schatz & Petersen 2023: 39). Die seit 2011 jährlich durchgeführte Umfrage zeigte auch, dass 2022 nur ein Viertel der Bevölkerung (24 Prozent) die Parteien für vertrauenswürdig hält (vgl. ebd.) und nur 12 Prozent der Befragten »mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik und dem Funktionieren unseres ganzen politischen Systems« »sehr zufrieden« waren (vgl. ebd.: 37).

Zunehmende Armut sowie eine sich verschärfende Ungleichheit bei den Einkommen in Deutschland seien negative Einflussfaktoren auf den sozialen Zusammenhalt, so das Fazit des »Verteilungsberichts« des Wirtschafts-

und sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (vgl. Spannagel & Zucco 2022: 18). Demnach hätten materielle Einschränkungen, verminderte gesellschaftliche Teilhabe und das Gefühl geringer Anerkennung bei vielen Betroffenen eine »erhebliche Distanz« zu den zentralen staatlichen und politischen Institutionen ausgelöst. 35 Prozent der einkommensarmen Menschen² haben »wenig« oder »überhaupt kein« Vertrauen in die Parteien (Gesamtbevölkerung: 31,1 Prozent) und 28,3 Prozent in die Bundesregierung (Gesamtbevölkerung: 21,8 Prozent) (vgl. ebd.: 17). Darüber hinaus haben Arme verstärkt den Eindruck, dass demokratische Parteien alles zerreden und Probleme nicht lösen (38,4 Prozent; Gesamtbevölkerung: 31,8 Prozent), dass Politikerinnen und Politiker die bestehenden Gesetze umgehen, wenn es um ihren Vorteil geht (49,2 Prozent; Gesamtbevölkerung: 41,4 Prozent) bzw. dass sie sich mehr Rechte herausnehmen als normale Bürgerinnen und Bürger (54,5 Prozent; Gesamtbevölkerung: 44,5 Prozent) (vgl. ebd.). Die Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Armen sind mit sieben bis zehn Prozentpunkten auffallend hoch und weisen auf Zusammenhänge von Einkommensarmut und politischem Misstrauen hin.

Die »dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst« ist eine Untersuchung, die im Auftrag des Deutschen Beamtenbunds (dbb) seit 2007 durchgeführt wird. Die repräsentative Umfragereihe zielt darauf ab, die Meinungen der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten des öffentlichen Dienstes in Deutschland zu erheben, etwa wie Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Dienst wahrnehmen, welche Erwartungen sie an ihn haben und wie sie dessen Leistungen bewerten. Die Studie fragt auch nach dem Ansehen einzelner Berufsgruppen in der Bevölkerung. Demnach genossen 2023 Politikerinnen und Politiker mit 14 Prozent nur noch ein sehr geringes Ansehen (2022: 17 Prozent; vgl. forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH 2023: 14). Die Befunde zum Politikvertrauen zeigen, dass lediglich 27 Prozent der Befragten den Staat fähig halten, seine Aufgaben zu erfüllen, 69 Prozent hingegen den Staat angesichts der Fülle seiner Anforderungen und Probleme als überfordert einschätzen (vgl. ebd.: 5).

Die repräsentative, bereits im Zusammenhang mit Medienvertrauen erwähnte Studie »Die distanzierte Mitte« des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung

² Gemessen als verfügbares Haushaltseinkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens.

nimmt insbesondere rechtsextreme, menschenfeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland in den Blick und untersucht deren Verbreitung, Entwicklung und die dazugehörigen Hintergründe. Die Erhebung 2022/23 belegt, dass das allgemeine Funktionieren der Demokratie von vielen Bürgerinnen und Bürgern durchaus kritisch gesehen wird. So stimmten der Aussage »Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut« 18 Prozent der Befragten »überhaupt nicht« oder »eher nicht« zu (vgl. Zick et al. 2023: 104–105). Populistische Einstellungen wie »Die regierenden Parteien betrügen das Volk« bejahten 15 Prozent der Befragten »voll und ganz«, weitere 15 Prozent »eher« (vgl. ebd.: 118–119). Insgesamt ist jeder fünfte Befragte (21 Prozent »eher« bzw. »voll und ganz«) der Meinung, dass »Unser Land [...] inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie« gleicht (vgl. ebd.: 122–123).

Auch die »Leipziger Autoritarismus-Studien« von Forschenden der Universität Leipzig untersuchen bei einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung die Entstehung autoritärer Dynamiken und anti-demokratischer Ressentiments durch eine Erhebung von Einstellungen zu Dimensionen des Rechtsextremismus. Die jüngste Erhebungswelle von 2024 zeigte, dass 4,5 Prozent der Befragten ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufwies (vgl. Decker et al. 2024: 50). Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Herrschaftsform ist sehr hoch. 90,4 Prozent aller Befragten sind von der Demokratie als Idee überzeugt, in Ostdeutschland sogar 94,6 Prozent (vgl. ebd.: 72). Allerdings liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie real in Deutschland funktioniert, nur noch bei 42,3 Prozent – das ist der niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung des Wertes 2006 – und in Ostdeutschland sogar bei nur 29,7 Prozent (vgl. ebd.: 74). Das Vertrauen in die Prozesse der liberalen Konkurrenzdemokratie scheint dermaßen niedrig, dass sich erstaunlich viele eine Einparteienherrschaft wünschen: 39 Prozent der Befragten stimmten der Aussage »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« »voll und ganz« oder überwiegend zu. Zwischen Ost und West zeigen sich in dieser Hinsicht aktuell kaum Unterschiede (vgl. ebd.: 38).

Andere Studien finden hingegen, dass eine große Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland besonders ausgeprägt ist. Zu diesem Schluss kommt etwa die repräsentative Studie »Demokratievertrauen in Krisenzeiten« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach 2019 zeigte sich in einer zweiten Erhebungswelle 2022, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie im Westen angestiegen war (2022: 52 Prozent, 2019: 49,5 Prozent), während sie im

gleichen Zeitraum im Osten sank (2022: 34 Prozent, 2019: 36 Prozent; vgl. Best et al. 2023: 17). Die Schere zwischen den neuen und den alten Bundesländern ist somit größer geworden, und da die politischen Institutionen eine wichtige Rolle für das Funktionieren der Demokratie spielen, verwundert auch ein enger Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen nicht. Demokratie-Zufriedene und Demokratie-Unzufriedene trennen beim Vertrauen in den Bundestag 56 Prozentpunkte. Demokratie-Zufriedene vertrauen dem Bundestag zu 71,3 Prozent, Demokratie-Unzufriedene lediglich zu 15,3 Prozent. Beim Vertrauen in die Bundesregierung beträgt die Differenz sogar 59 Prozentpunkte. Demokratie-Zufriedene vertrauen der Bundesregierung zu 73 Prozent, Demokratie-Unzufriedene nur zu 14 Prozent (vgl. ebd.: 30).

Das seit 2021 erhobene jährliche repräsentative »Demokratie-Monitor« der Universität Hohenheim bestätigt ebenfalls, dass es eine große Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gibt. So waren 2023 25 Prozent der Menschen mit dem Gelingen der Demokratie in Deutschland, 18 Prozent in dem eigenen Bundesland und 17 Prozent in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde unzufrieden (vgl. Brettschneider 2023: 31). Der Aussage »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie« stimmten insgesamt 16 Prozent der Befragten zu (vgl. ebd.: 7). Schaut man hier auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, zeigt sich wiederum eine große Differenz. Während 21 Prozent der Menschen im Osten die Aussage zur Diktatur bejahten, waren es im Westen nur 15 Prozent (vgl. ebd.: 12). Die Umfrage zeigte außerdem, dass 30 Prozent der Befragten in Ostdeutschland glaubten, die maßgeblichen Parteien würden das Volk belügen; in Westdeutschland waren es immerhin 23 Prozent (vgl. ebd.: 13).

Dass die Bundesrepublik eine »Scheindemokratie« sei, in der »die Bürger nichts zu sagen hätten«, meinten 2022 auch 31 Prozent der Befragten einer repräsentativen Umfrage zu radikalem Denken von Corona-Leugnern durch das Institut für Demoskopie in Allensbach. In Westdeutschland bejahten 28 Prozent diese Aussage, in Ostdeutschland sogar 45 Prozent der Menschen (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 2022: 13). Dieser erhebliche Unterschied fand sich auch bei dem Wunsch, »einen starken Politiker an der Spitze« zu haben und »keine endlosen Debatten und Kompromisse« mehr erleben zu müssen. Diesem Anliegen konnten sich 44 Prozent der Westdeutschen und 58 Prozent der Ostdeutschen anschließen (vgl. ebd.).

Der Abstand hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit zwischen West und Ost hat sich weiter vergrößert, wie auch eine repräsentative Studie im

Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigte, die das Vertrauen in die Demokratie während der vielfältigen Krisen der letzten Jahre näher untersuchte. Im Vergleich zu 2019 zeigten die Zahlen von 2022, dass eine Mehrheit der Westdeutschen (52 Prozent) mit der Demokratie zufrieden war (plus 2,5 Prozentpunkte), im Osten der Wert aber auf 34 Prozent weiter absackte (minus 2 Prozentpunkte). Insgesamt also verharrt die Demokratiezufriedenheit in ganz Deutschland auf niedrigem Niveau. Eine knappe Mehrheit der Menschen (51,3 Prozent) ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, unzufrieden, weniger als die Hälfte sind sehr oder ziemlich zufrieden (48,7 Prozent; vgl. Best et al. 2023: 17). Schaut man sich die Bundesregierung und den Bundestag näher an, so liegen beide im Vertrauen aller Befragten mit gut 42 Prozent gleichauf. Das bedeutet im Umkehrschluss aber, dass immerhin 58 Prozent der Menschen wenig bis gar kein Vertrauen haben (vgl. ebd.: 26).

Die Veränderungen der politischen Einstellungen und Stimmungen in Deutschland regional differenziert und im Ein-Jahres-Abstand vergleichend zu erheben, hat sich der »Deutschland-Monitor« zur Aufgabe gemacht, der vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland angestoßen wurde und auch finanziert wird. Mit der ersten repräsentativen Befragung 2023 wurden Einschätzungen der Bevölkerung zu gesellschaftspolitischen Fragen, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Haltungen zu Zukunftsthemen erfragt. Auch hier zeigte eine Mehrheit der Bevölkerung eine starke Distanz zu politischen Akteuren. Der Aussage »Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung« stimmten 19 Prozent der Befragten »überhaupt nicht« und weitere 34 Prozent »eher nicht« zu (vgl. Hebenstreit et al. 2024: 125). Das größte Misstrauen wird der Bundesregierung zuteil (26 Prozent der Befragten), der eigenen Landesregierung und der Kommunalpolitik misstrauten nur jeweils 14 Prozent der Befragten nicht (vgl. ebd.: 130). Hier wird deutlich, dass das Institutionenvertrauen abnimmt, je höher die politische Ebene angesiedelt ist. Hinsichtlich der Ost-West-Unterschiede zeigte sich zwar, dass das Vertrauen in die Bundesregierung in Ostdeutschland niedriger ausgeprägt war als in Westdeutschland. Aber in die jeweilige Landesregierung hatten nur geringfügig weniger Ostdeutsche kein Vertrauen als Westdeutsche. Ganz ohne signifikante Unterschiede wurde die lokale Ebene der Politik beurteilt: Hier war das Vertrauen in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ost- und Westdeutschland nahezu gleich hoch (vgl. ebd.: 132).

Hinsichtlich der Idee der Demokratie zeigte sich ein etwas anderes Bild. Diese Idee lehnten laut »Deutschland-Monitor« nur zwei Prozent der Befrag-

ten ab. Ein Prozent war mit der Demokratie als Konzept »sehr unzufrieden« und ein Prozent »unzufrieden«. Die Mehrheit der Deutschen (97 Prozent) identifizierte sich mit der Demokratie in Deutschland. Schaut man im Ost-West-Vergleich auf die Menschen, die die Demokratie ablehnten, so war der Unterschied gering, auch wenn die Zahl derer, die die Demokratie grundsätzlich ablehnten, in Ostdeutschland mit 4 Prozent (2 Prozent sehr unzufrieden, 2 Prozent unzufrieden) dennoch höher als in Westdeutschland (0 Prozent sehr unzufrieden, 1 Prozent unzufrieden) lag (vgl. ebd.: 150). Mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert, waren die Deutschen 2023 mehrheitlich zufrieden (57 Prozent), trotzdem waren insgesamt 42 Prozent gegenteiliger Meinung. Für Ost- und Westdeutschland ergab sich auch hier ein konträres Bild: Während 39 Prozent der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden waren, waren es in Ostdeutschland 56 Prozent (vgl. ebd.).

Es zeigt sich also über alle Erhebungen hinweg in den Einstellungen zu Politik und Demokratie eine Schere zwischen Ost- und Westdeutschland. Doch wie sieht es speziell im Freistaat Sachsen mit der Politik- und Demokratiezufriedenheit aus? Hier ist zum einen eine Studie der Bertelsmann-Stiftung interessant, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt empirisch untersuchte und dazu Muster regionaler Demokratieunterstützung in Deutschland erhob. Die repräsentativen Daten stammen bereits aus dem Jahr 2017, allerdings ist die Untersuchung eine der wenigen Erhebungen, die Sachsen im bundesweiten Vergleich betrachtet. Hier zeigte sich, dass 40,7 Prozent der Befragten in Sachsen (Gesamtdeutschland: 36,3 Prozent) kein Vertrauen in die politischen Parteien hatten (vgl. Mannewitz & Vollmann 2019: 58). Ihrer Landesregierung misstraute mit 22,5 Prozent der Sachsen hingegen nur ein Prozentpunkt mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt (21,5 Prozent). Dem Landtag misstraute die sächsische Bevölkerung sogar weniger (19,1 Prozent) als im Durchschnitt in Gesamtdeutschland (20,9 Prozent) (vgl. ebd.: 60). Diese Schere vergrößert sich erst wieder auf der Bundesebene. Der Bundesregierung brachten 29,6 Prozent der Sachsen und 24,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Misstrauen entgegen, dem Bundestag 30,4 Prozent der sächsischen und 23,9 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung (vgl. ebd.: 61). Der Aussage »Demokratie ist die beste Staatsform« stimmten in Sachsen 12,9 Prozent der Befragten und damit doppelt so viele wie in ganz Deutschland (6,1 Prozent) nicht zu. Sachsen lag hier beim Ranking aller Bundesländern vor Brandenburg (15,2 Prozent) auf dem vorletzten Platz (vgl. ebd.: 43). Auch bei der Demokratiezufriedenheit findet sich ein ähnliches Bild. Die Ansicht »Alles in allem bin ich mit der Demokratie,

wie sie in Deutschland besteht, zufrieden« teilten 21,9 Prozent der Befragten in Sachsen nicht – und damit deutlich mehr als in der gesamtdeutschen Bevölkerung (13,7 Prozent; vgl. ebd.: 44). Auch hier lag Sachsen vor Brandenburg (23,7 Prozent) auf dem vorletzten Platz (vgl. ebd.).

Eine neuere repräsentative Erhebung im Freistaat ist der »Sachsen-Monitor« 2023, den wir bereits beim Journalismusvertrauen herangezogen hatten (siehe Kapitel 2.2.2). Dieser dokumentiert einen weitverbreiteten Eindruck, dass Politikerinnen und Politiker kein Interesse an den Ansichten der Menschen im Land hätten. So zeigt sich das Misstrauen in der Aussage »Die meisten Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht«, der 43 Prozent der Menschen in Sachsen »voll und ganz« und weitere 38 Prozent »eher« zustimmten (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 147). Deutlich wurde aber auch, dass lediglich 14 Prozent der Befragten die Demokratie als Regierungsform ablehnten. Doch während 83 Prozent die Meinung vertraten, dass die Demokratie eine gute Regierungsform darstelle (vgl. ebd.: 199), zeigten sich nur 41 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis zufrieden (vgl. ebd.: 237). Das war ein deutlicher Rückgang von 18 Prozent im Vergleich zur Erhebung von 2021/22 (vgl. Schlinkert et al. 2024a: 28). Dazu passen auch verschwörungstheoretischen Annahmen, wie »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie«. Dieser Aussage stimmten immerhin 33 Prozent der Befragten »voll« oder »eher zu« (vgl. Schlinkert et al. 2024b: 384), während die Ansicht »Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform« nur 18 Prozent »voll« oder »eher« teilten (vgl. ebd.: 283). Dennoch lassen die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur sowie Haltungen und Einstellungen zu Autoritarismus und Populismus aufmerken. Fast die Hälfte der Befragten (42 Prozent) bestätigte die Auffassung »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« »voll« oder »eher« (vgl. ebd.: 293).

Deutlich gesunken war auch das Politikvertrauen, wenngleich es Abstufungen bei den institutionellen Ebenen gab. Die sächsische Landesregierung schnitt im Vergleich zum Bund und zum EU-Parlament noch vergleichsweise positiv ab: Der Vertrauensmangel (»wenig« oder »gar kein« Vertrauen) gegenüber der Landesregierung betrug insgesamt 56 Prozent (plus 13 Prozentpunkte gegenüber 2021/22; vgl. Schlinkert et al. 2024b: 245). Der Vertrauensmangel gegenüber der Bundesregierung betrug insgesamt 82 Prozent (plus 23 Prozentpunkte; vgl. ebd.: 247). Noch schlechter sah es

dann gegenüber dem Europäischen Parlament aus: Hier äußerten insgesamt 80 Prozent (plus 24 Prozentpunkte) »wenig« oder »gar kein« Vertrauen (vgl. ebd.: 273; Vergleichswerte 2021/22: Schlinkert et al. 2024a: 30).

Insgesamt lässt sich in den letzten Jahren ein generell rückläufiges Vertrauen in politische Institutionen in Deutschland beobachten, wobei die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland besonders deutlich hervortreten. In den ostdeutschen Bundesländern begegnen die Menschen der Politik deutlich skeptischer als in den westdeutschen. Auffällig ist dabei die Abstufung des Vertrauens in politische Institutionen auf den verschiedenen Ebenen: von der europäischen über die Bundes- und Landes- bis hin zur kommunalen Ebene. Je weiter die jeweilige politische Instanz vom direkten Lebensumfeld entfernt ist, desto größer scheint das Misstrauen ihr gegenüber zu sein.

Betrachtet man die Studien zum Vertrauen in Politik und Demokratie näher, zeigt sich, dass politisches Misstrauen nicht zwangsläufig auch ein Misstrauen gegenüber der Demokratie als Staatsform bedeutet. Die Idee der Demokratie wird von den meisten Menschen – auch von den skeptischen – weiterhin positiv bewertet, während die praktische Umsetzung der Volkherrschaft deutlich kritischer betrachtet wird. Im Freistaat Sachsen fällt besonders auf, dass die Bevölkerung eine größere Distanz gegenüber der Demokratie als Staatsform und eine geringere Zufriedenheit mit der real funktionierenden Demokratie zeigt als die deutsche Gesamtbevölkerung.

2.3.3 Forschungsstand: Gründe für fehlendes Politik- und Demokratievertrauen

Die Diskussionen darüber, welche Faktoren für das Ausmaß an politischem Vertrauen bzw. Demokratievertrauen entscheidend sind, haben eine ganze Reihe möglicher Ansätze hervorgebracht, von denen wir folgend einige wesentliche vorstellen. Wir konzentrieren uns dabei auf Gründe für Ver- und Misstrauen, die einen direkten Wirkmechanismus nahelegen. Ungeachtet dessen werden in empirischen Studien auch soziodemografische Größen (z. B. Bildung, Einkommen, Alter) untersucht, bei denen aber unklar bleibt, wie mögliche kausale Zusammenhänge aussehen.

Sicherlich am einflussreichsten war die Arbeit von David Easton (1975) zur Frage politischer Unterstützung, die er als »an attitude by which a person orients himself to an object either favorably or unfavorably, positively or negatively« (ebd.: 436) definiert. Vertrauen ist für Easton eine Form dif-

fuser Unterstützung, die sich von spezifischer Unterstützung darin unterscheidet, dass sie nicht eine konkrete Politik, Maßnahme oder Handlung bewertet, sondern ein Objekt in seinem grundsätzlichen Charakter. Diffuse Unterstützung ist dabei langfristiger, unabhängiger von der Bewertung einzelner Ergebnisse politischen Handelns (*outcomes*) und relativ schwer zu erschüttern (vgl. Easton 1975, Jäckle & Wagschal 2022: 151). Easton nennt etwa das Beispiel, dass man vielleicht vom Parlament enttäuscht sei, deshalb aber nicht gleich an der Verfassung zweifle (vgl. Easton 1975: 445).

Aufbauend auf dem Konzept von Easton und später Putnam (2000), wird heute verstärkt gefragt, welche Rolle Sozialkapital und generalisiertes soziales Vertrauen für politisches Vertrauen spielt (vgl. Ackermann & Freitag 2016). Die Grundidee ist dabei, dass sowohl spezifisches Vertrauen in bekannte Personen eine positive Rolle bei der Entwicklung politischen Vertrauens spielt, als auch generalisiertes soziales Vertrauen, das sich auf Menschen bezieht, die man (noch) nicht kennt (vgl. Newton & Zmerli 2011: 170-171). Empirisch scheint sich dies in beiden Fällen zu bestätigen, wobei weitere Umstände durchaus Einfluss auf die Stärke des Zusammenhangs haben können (vgl. ebd.: 193).

Faktoren für politisches Vertrauen werden darüber hinaus häufig nach *Input* und *Output* unterschieden; auch dies kommt bereits bei Easton vor. *Input* beschreibt dabei Faktoren, bei denen Vertrauen bereits im Vorfeld geschenkt wird, weil man den Institutionen wünschenswerte Ziele oder Eigenschaften zuschreibt (vgl. Jäckle & Wagschal 2022: 151, Best et al. 2023: 5). Beim *Output* werden hingegen die Ergebnisse des Handelns unter dem Gesichtspunkt bewertet, inwiefern die eigenen Bedürfnisse erfüllt und Ziele erreicht wurden (vgl. ebd.). Auf der *Input*-Seite sehen wir dann etwa kulturelle Einflüsse und Einstellungen, beim *Output* vielmehr statistische Größen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, etwa zur ökonomischen Entwicklung.³

Ein erster Einflussfaktor, der zum *Input* zählt, ist die Frage, wie sehr die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass ihre Anliegen im politischen Prozess adressiert werden. Neben der Möglichkeit, dieses politische Repräsentationsgefühl unmittelbar über ein Fragebogenitem zu erheben, wird auch die Repräsentation verschiedener soziodemografische Gruppen

³ Die Unterscheidung hat dabei zwangsläufig Unschärfe, vor allem wenn wir betrachten, dass *Output* durch die betreffenden Personen wahrgenommen und interpretiert werden muss, bevor er einen Effekt auf Vertrauen haben kann. Dabei spielen aber wieder Einstellungen und kulturelle Prägungen eine wichtige Rolle.

in Regierungen und Parlamenten (deskriptive Repräsentation) sowie die wahrgenommenen Möglichkeiten, sich selbst am politischen Prozess zu beteiligen (politische Selbstwirksamkeit), diskutiert (vgl. Best et al. 2023: 31-34, Pickel et al. 2022: 198-199, Küppers & Decker 2023: 670).

Bei Seyd (2024) finden wir die Idee, dass politisches Vertrauen durch die Eigenschaften geprägt wird, die Politikerinnen und Politikern zugeschrieben werden. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gebe es drei »sources of trust«: *competence* (»if they deliver the outputs that citizens desire«), *benevolence or concern* (»whether politicians are motivated to look after [people's] interests«) und *integrity* (»whether the actor is seen to behave ethically«) (ebd.: 120-126).

Schließlich untersuchten einige Studien die Hypothese, dass Menschen mit der Demokratie zufriedener sind (und ggf. auch mehr Vertrauen zeigen), wenn sie Politikerinnen und Politiker unterstützt haben, die die Wahl gewonnen haben bzw. Regierungspartei geworden sind – mit unterschiedlichen Ergebnissen (vgl. Küppers & Decker 2023: 670, Nadeau et al. 2023).

Der aber derzeit am meisten und kontroversesten diskutierte Input-Aspekt betrifft Verschiebungen auf kultureller Ebene. Unter dem Eindruck einer wachsenden Polarisierung wird danach gefragt, welche Rolle veränderte Einstellungsmuster spielen, die insbesondere Migration als Bedrohung eigener kultureller Werte und letztendlich Identität betrachten (vgl. Decker et al. 2019: 25-26, Unzicker 2019: 13). Menschen sähen sich so »in kultureller Hinsicht auf der Verlierer_innenseite, weil sie die Tendenzen der Singularisierung und der zunehmenden multikulturellen Vielfalt, die die heutige Gesellschaft kennzeichnen, verstörend finden, ihnen jedenfalls nicht nur Positives abgewinnen« (Best et al. 2023: 4). Merkel (2017) identifiziert dabei eine neue Konfliktlinie (*cleavage*) zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen, bei der kulturelle Fragen gegenüber der Verteilungsfrage an Gewicht gewinnen. Während idealtypische Kosmopoliten von einer angesichts der Globalisierung notwendigen europäischen Integration ausgehen und kulturelle Vielfalt als Stärke begreifen, wollen Kommunitaristen ihre (nationale) Gemeinschaft durch geschlossene Grenzen schützen (vgl. ebd.: 12). Da die etablierten Parteien eine Repräsentationslücke für kommunitalistische Positionen ließen, würden populistische Parteien gestärkt (vgl. ebd.: 20, Decker et al. 2019: 25-26). Andere Autorinnen und Autoren versuchen die kulturellen Differenzen anders zu fassen, etwa mit der Unterscheidung Traditionalismus vs. Universalismus (vgl. Teichler et al. 2023: 42) oder als allgemeine kulturelle *cleavage*, »bei dem libertäre Haltungen wie Toleranz,

nonkonformistisches Denken und Multikulturalität autoritären Haltungen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen und Nationalstolz gegenüberstehen« (Decker et al. 2019: 25).

Bei möglichen Gründen für politisches Vertrauen bzw. Demokratievertrauen auf der Output-Seite geht es um die Grundidee, dass sich die eigene Zufriedenheit mit den Ergebnissen politischen Handelns in Vertrauen niederschlägt. Positive Bewertungen der Wirtschaftslage korrelieren demnach mit Demokratiezufriedenheit und, in etwas geringerem Maß, mit einem höheren Vertrauen in politische Institutionen (vgl. Pickel et al. 2022: 199). Decker et al. (2019) sowie Küppers und Decker (2023) betrachten in diesem Kontext, welche Rolle die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit und dessen wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung spielt. So belegen Decker et al., dass jene, die der Aussage zustimmen, dass »ein erheblicher Teil der Bevölkerung von der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland nicht profitiert hat« (ebd.: 33), eine deutlich geringere Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie zeigen (vgl. ebd.). Küppers und Decker (2023) zeigen am Beispiel des Ruhrgebiets, dass es einen Zusammenhang zwischen der »Leistungsbewertung im Bereich des Sozialstaats« (ebd.: 677) und Institutionenvertrauen geben kann (vgl. ebd.).

Weitere mögliche Einflussfaktoren für politisches Ver- und Misstrauen sind schließlich das individuelle politische Interesse und das politische Wissen. Faus und Storks (2019) belegen dabei einen positiven Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Vertrauen in Parteien (vgl. ebd.: 76), Best et al. (2023) zeigen dies für Institutionenvertrauen allgemein (vgl. ebd.: 30). Dem Einfluss von politischem Wissen auf politisches Vertrauen wiederum widmet sich Schnaudt (2020). Er kommt zum Ergebnis, dass bei repräsentativen Institutionen (wie Parlamenten, Regierungen und Parteien) mehr politisches Wissen zu geringeren Vertrauenswerten führt, was er auf höhere Erwartungshaltungen zurückführt (vgl. ebd.: 157-158).

Während alle bisher genannten Studien zu Politikvertrauen, sofern sie empirisch arbeiten, quantitativ sind, untersucht Josef Haschke (2016) die lebensweltliche Konstruktion von Vertrauen in Politikerinnen und Politikern mittels Leitfadeninterviews. Er kommt dabei zu einer Typologie politischer Vertrauensurteile⁴ und stellt u. a. fest, dass keinesfalls von »dem« politi-

4 Haschke (2016: 239-242) unterscheidet: »Engagierte Vertrauenssuchende«, »Enttäuschte Linke«, »Frustrierte Vermeider«, »Zufriedene Teilnahmslose«, »Skeptische Konservative«, »Funktional Orientierte Elite« und »Leistungsorientierte Misstrauische«.

schen Vertrauen entlang einer Achse von mehr oder weniger Vertrauen bzw. Misstrauen gesprochen werden kann. So unterscheidet er zusätzlich, welche persönlichen Eigenschaften von Politikerinnen und Politikern ausschlaggebend für das Vertrauensurteil sind und in welchem Modus dieses erfolgt (»kognitiv-rational«, »intuitiv-präreflexiv«, »affektiv-emotional«). Insbesondere lassen sich auch Menschen finden, die der Politik mit Indifferenz statt Ver- oder Misstrauen gegenüberstehen (vgl. ebd.: 348-368).

2.4 Ableitung der Forschungsfragen

Vertrauen in Medien und Politik ist in Deutschland und in anderen westlichen Demokratien ein hoch aktuelles, brisantes Thema. Gerade in Ostdeutschland und speziell in Sachsen – der Geburtsstätte der jüngeren »Lügenpresse«-Debatte ab 2014 und einer Hochburg der AfD – zeigen sich besonders niedrige Vertrauenswerte, offenbar bedingt durch spezifische historische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Faktoren. Sichtbar wird hier eine gesellschaftliche Polarisierung, die ein massives Problem für die liberale Demokratie darstellt.

Es gibt verschiedene Hypothesen, warum gerade in Sachsen ein schwundendes Medien- und Politikvertrauen, die Verbreitung medienskeptischer Einstellungen und eine verstärkte Zustimmung zum Rechtspopulismus zu konstatieren sind. So haben die Ostdeutschen der Vor-Wendegeneration und der Wendegeneration die staatlich kontrollierten Medien in der DDR erlebt und viele werden mit einem grundlegenden Misstrauen in tonangebende, »offizielle« oder »offiziöse« Medien aufgewachsen sein, die damals Instrumente staatlicher Propaganda waren. Nehmen Bürgerinnen und Bürger heute einen Gleichklang zwischen dem Diskurs der politischen Eliten und dem der großen Medien wahr, kann dies alte, erlernte Skepsis reaktivieren. Zudem stellen alternative oder »soziale« Medien im Zeitalter digitaler Netzwerkmedien mittlerweile Gegenöffentlichkeiten her, in denen grundlegend andere, heterodoxe Realitätskonstruktionen vorgenommen werden als in den etablierten »Mainstream-Medien« und die vermutlich deshalb großen Zuspruch erfahren, weil hier das mediale Repräsentationsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer höher ist bzw. hier spezifische Identitätskonstruktionen, Werthaltungen, Interessen und Bedürfnisse artikuliert werden, die im hegemonialen Diskurs unterrepräsentiert sind.

Auch die Gründe für stärkeres Misstrauen in die Politik und in politische Institutionen mögen unter anderem in der Zeit der Transformation liegen. Nach der Friedlichen Revolution 1989 stellten sich den Menschen durch den grundlegenden Umbruch all ihrer bisherigen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen, die zu Frustrationen in vielerlei Ausprägungen führten. Die anfängliche Euphorie wich schnell der Ernüchterung, Enttäuschung und einem Gefühl der Benachteiligung. Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, beruflicher Deklassierung und Entwertung von Lebensläufen sowie das Gefühl, von der gesamtdeutschen Politik vernachlässigt zu werden, prägen bis heute Biografien und Regionen. Die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse der AfD in Sachsen drücken seit Jahren eine tiefe politische Entfremdung und Unzufriedenheit mit der etablierten Politik aus, die oft als abgehoben oder nicht an den Lebenserfahrungen der »normalen« Bürger orientiert wahrgenommen wird. Viele Bürgerinnen und Bürger haben offenbar das Gefühl, dass ihre Sorgen von den traditionellen Parteien nicht ausreichend wahr- und ernstgenommen werden, was den Erfolg populistischer Politik und die Abwendung vom »System« befördert.

Offensichtlich gibt es eine enge Verbindung bzw. ein Wechselseitverhältnis zwischen niedrigem Medien- und niedrigem Politikvertrauen. Vertrauen in Institutionen und in gesellschaftliche und politische Strukturen kann dabei unabhängig vom Journalismus nicht ausgebildet werden, der hier eine Vermittlerrolle einnimmt. Zugleich mag der Journalismus aufgrund seines Bemühens, politisches Reden und Handeln neutral abzubilden, Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik gleichsam als Kollateralschaden auch selbst abbekommen. In populistischen Bewegungen, wie sie in Sachsen verbreitet sind, wird dieser Zusammenhang häufig gezielt ausgenutzt. Politische Akteure wie die AfD oder »Pegida« kritisieren sowohl die Medien als auch die politischen Institutionen oft in einem Atemzug und zeichnen das Bild einer einheitlichen, von den Bürgerinnen und Bürgern »entfremdeten Elite«. Dies verstärkt bei Anhängerinnen und Anhängern solcher Bewegungen vermutlich das Misstrauen in beide Bereiche.

Es ist in Sachsen eine Stimmungslage entstanden, in der breite Bevölkerungsteile Politik, Medien und die gesamte Demokratie für wahrgenommene Missstände verantwortlich machen. Die aktuellen Studien zu Medien- und Politikvertrauen ergeben das Bild eines großflächig wachsenden Misstrauens und zeigen statistische Zusammenhänge. Unterbelichtet bleiben in stan-

dardisierten Befragungen aber regelmäßig die dahinter liegenden Ursachen, Motive, Erfahrungen und Entwicklungen in ihrer Komplexität. Daher fokussieren wir mithilfe einer qualitativen Methode auf die subjektiven Sinnwelten und individuellen Interpretationen der sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir fragen:

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen den etablierten Journalismus?

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik?

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Komplexen Journalismus- und Politikvertrauen?

Vermutlich sind das Politik- und das Demokratievertrauen zu stark miteinander gekoppelt und vermischt, um es in qualitativen Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern gesondert zu erörtern. Jedoch ist die relativ niedrige Zustimmung zur Demokratie als Staats- bzw. Herrschaftsform und die relativ hohe Befürwortung von autoritären Systemen und starken Führerfiguren in Sachsen erkläруngsbedürftig, und so fragen wir abschließend noch:

Welche Rolle spielt dabei das Demokratieverständnis?